

## Rüstungsfirmen und Banken in NY verklagt

*Helfershelfer der Apartheid sollen Opfer entschädigen*

Unterstützt von der südafrikanischen Kampagne für Entschuldung "Jubilee South Africa" hat am 12. November der US-Anwalt Michael Hausfeld Klage gegen 21 internationale Konzerne und Banken in New York eingereicht. Kläger sind die Selbsthilfegruppe für Opfer Khulumani und 85 Einzelpersonen. Acht Banken und zwölf Firmen aus den Produktionsbereichen Öl, Transport, Kommunikation und Rüstung werden in der Klageschrift der Unterstützung eines kriminellen Systems, der Apartheid, beschuldigt.

Aus Deutschland gehören die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank sowie die Firmen Rheinmetall und Daimler Chrysler dazu. Andere Firmen und Banken stammen aus Großbritannien, der Schweiz, den Niederlanden, Frankreich und den Vereinigten Staaten. An 21. Stelle wurde kurzfristig der Bergbaukonzern Rio Tinto auf die Liste gesetzt.

Diesen Unternehmen wird vorgeworfen, die Sicherheitsapparate und strategisch wichtige staatliche Konzerne des Apartheidregimes unterstützt zu haben. Daher haben sie ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" mit zu verantworten, wie das rassistische System von den Vereinten Nationen klassifiziert wurde.

Damit stützt sich diese Klage auf allgemein anerkannte Prinzipien internationalen Rechts, die zum Beispiel durch Folter, willkürliche Verhaftungen oder Hinrichtungen ohne Verfahren verletzt werden.

All das war in Südafrika zwischen 1960 und 1993 üblich, heißt es in einer Presseerklärung der Opfergruppe Khulumani. Ohne das Engagement der Konzerne im Bergbau und Transport, in der Rüstung, Technologie und im Bankensektor wäre Apartheid so nicht aufrecht zu erhalten gewesen. In den Vereinigten Staaten können Firmen weger. Verletzung internationalen Rechts angeklagt werden, sofern sie einen Sitz in den USA haben.

Hintergrund der Klage gegen die deutschen Banken ist deren Finanzierung vor allem des öffentlichen Sektors zwischen 1985 und 1993. Die deutschen Banken beanspruchen 27,3 Prozent von Südafrikas Auslandsschulden in diesem Sektor. 1985 halfen sie dem Apartheidregime durch Umschuldung ohne politische Auflagen.

*Fortsetzung Seite 2*

**"Immer wieder haben wir vor der Aktionärsversammlung der deutschen Bank demonstriert und Briefe an Unternehmen versandt. Hätte man mit uns gesprochen, hätte der juristische Weg vermieden werden können."**

**Thomas Gebauer, medico international, in der Presseerklärung der Internationalen Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika**



## Hoffnung auf Entschädigung

*Mitglieder von Khulumani feierten in Johannesburg Klageerhebung*

Catherine Mlangeni gehört zu den Klägerinnen gegen internationale Firmen und Banken, für die der amerikanische Anwalt Michael Hausfeld in New York Schadensersatz einklagen will. Sie verlor ihren Sohn Bheki bei einem Briefbombenattentat 1991. Bheki Mlangeni war ein renommierter schwarzer Anwalt, der gegen die Todesschwadronen prozessierte. Seinen Mörder wurde im Rahmen der Wahrheits- und Versöhnungskommission Amnestie gewährt. Die Familie verlor nicht nur den Sohn bzw. Ehemann und Vater, sondern auch den Ernährer. "Als

mein Sohn Rechtsanwalt wurde, dachte ich alle meine Sorgen seien vorbei", so die Mutter. "Nun bin ich so arm wie zuvor". Weder sie noch andere Apartheid-Opfer, die vor der Wahrheitskommission ausgesagt haben, haben bisher die zugesagte Entschädigung erhalten. Catherine Mlangeni trat zusammen mit 500 weiteren Mitgliedern der Selbsthilfeorganisation Khulumani in Johannesburg vor die Presse, um die Einreichung der Klage in New York als ein "Zeichen der Hoffnung" zu feiern.

*Aus der Presseerklärung der Kampagne* ■

## Rüstungsfirmen in NY verklagt



### Angeklagt:

**Barclays Bank**  
**British Petroleum**  
**Caltex Petroleum**  
**Citygroup**  
**Commerzbank**  
**Credit Suisse**  
**Daimler Chrysler**  
**Deutsche Bank**  
**Dresdner Bank**  
**Exxon Mobil**  
**Fluor Corporation**  
**Ford Motor Company**  
**Fujitsu ICL**  
**General Motors**  
**IBM**  
**J.P. Morgan Chase**  
**Rheinmetall**  
**Rio Tinto**  
**Royal Dutch Shell**  
**Total Fina-Elf**  
**UBS**

Daimler Chrysler und Rheinmetall sind wegen ihrer Rüstungsgeschäfte mit Südafrika angeklagt, die auch gegen das internationale Rüstungsembargo gegen Südafrika von 1977 und die 1986 vereinbarten Wirtschaftssanktionen verstießen. Rheinmetall hat beispielsweise 1977 unter falschen Angaben eine Munitionsabfüllanlage nach Südafrika geliefert und dabei Paraguay als Endverbraucher angegeben. Tatsächlich wurde die Anlage dort nach Durban umgeladen und ging 1979 in Südafrika in Betrieb. Dafür wurde die Firma 1986 in der Bundesrepublik schon verurteilt. Daimler Chrysler hatte seit 1978 mindestens 2500 Unimogs an die südafrikanische Armee verkauft. Diese als nicht-militärisch klassifizierten Exporte wurden dann vor Ort mit Raketenwerfern ausgerüstet. 1989 kaufte Daimler Benz die Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm, die illegal Hubschrauber an die südafrikanische Polizei geliefert hatte.

Diese zweite Klage gegen internationale Firmen und Banken wird in Südafrika von einem breiten Bündnis von Nichtregierungsorganisationen getragen. Die Gruppe Khulumani, die insgesamt 33 000 Mitglieder repräsentiert, war ursprünglich zur Unterstützung von Menschen gegründet worden, die als Opfer vor der Kommission für Wahrheit und Versöhnung aussagen wollten. Sie erhoffen jetzt Entschädigung. Reparationen sollen in einen Treuhandfond eingezahlt werden. Daraus sollen sowohl individuelle Kompensationsleistungen als auch Programme zur Entwicklung von Gemeinschaften in Südafrika und in der Region finanziert werden. Eine Summe wurde dafür bisher nicht festgelegt. Allein die Summe, die die Regierung 1994 als öffentliche Schuld gegenüber internationalen Firmen übernahm, betrug nach Angaben von Jubilee South Africa 26 Milliarden US-Dollar.

Die südafrikanische Regierung allerdings will mit der Klage nichts zu tun haben. "Wir unterstützen die Ansprüche auf individuelle Reparationen nicht", sagte Justizminister Penuell Maduna gegenüber der Johannesburger Tageszeitung "Business Day". "Mit eben den Firmen,

die in der Klage namentlich aufgeführt werden, führen wir Gespräche über Investitionen im Südafrika nach der Apartheid. Sie sollen weiter investieren, damit es der ganzen Bevölkerung zugute kommt". Finanzminister Trevor Manuel fand, das Land könne diese Prozesse nicht gebrauchen. Kurz zuvor hatte der Führer einer US-Handelsdelegation beim Besuch in Südafrika öffentlich angedeutet, US-Firmen könnten vom Investieren abgeschreckt werden. Die in Südafrika ansässige Firma Shell SA und die Barclays Bank erklärten, ihre Mutterfirmen hätten Apartheid in keiner Weise unterstützt. Die Schweizer Bank Credit Suisse konnte keinerlei Verbindung zwischen den Aktionen des Apartheid-Staates und den Aktivitäten der Bank erkennen.

Die Schweizer Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika hingegen erklärte ihre Unterstützung der Entschädigungsforderungen: "Seit dem Verbot der Sklaverei und erneut seit den Nürnberger Prozessen wurde immer wieder im internationalen Recht festgehalten: Die Geschäfte mit dem Unrecht haben ihre Grenzen, auch für die Privatwirtschaft. Auch sie ist gegenüber den Opfern der Apartheid rechenschaftspflichtig und haftbar für die Konsequenzen ihres Tuns."

### Firmen sollen Archive öffnen

Die deutschen Mitglieder der Internationalen Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika erinnerten bei einer Pressekonferenz in Berlin am Tag der Klageeinreichung an all die Demonstrationen und Schreiben an Firmen während der Apartheid. "Man hat uns nicht einmal angehört", betonte der medico international-Geschäftsführer Thomas Gebauer. "Hätte man mit uns gesprochen, hätte der juristische Weg vermieden werden können." Eines könnten die Firmen nach dem von Gottfried Wellmer vorgelegten Material immer noch tun, damit "die ganze historische und wirtschaftliche Wahrheit" erfaßt werden kann: Ihre Archive den Forschern öffnen, bevor das Gericht sie zur Offenlegung zwingt. (Weitere Informationen: [www.kosa.org](http://www.kosa.org))

## Glänzende Waffenkäufe?

### Diamantenhändler wollen keine bindenden Regeln für Embargo

Der Handel mit sogenannten Konfliktdiamanten, die zur Finanzierung von Bürgerkriegen dienen, soll unterbunden werden. Die Diamantenindustrie allerdings will sich zu diesem Zweck keinerlei Überprüfungen durch unabhängige Institutionen aussetzen: Selbstregulierung lautet das Zauberwort, auf das sich Vertreter der Industrie aus 40 Ländern Anfang November in der Schweiz einigten. Ohne Strafanzeige für solche Händler, die weiterhin in Konflikten Geschäfte machen, "bleibt die Selbstregulierung ein zahnloser Tiger", urteilt

Anne Jung, Sprecherin der internationalen Diamantenkampagne Fatal Transactions und Mitarbeiterin bei medico international. "Diamantenhändler, die sich nicht an das Embargo halten, müssen auf eine schwarze Liste gesetzt und von allen Diamantenbörsen ausgeschlossen werden." Dabei gehe es auch um die jüngste Vergangenheit. "Konzerne wie de Beers haben über Jahre hinweg Diamanten im kriegszerrütteten Angola gekauft und damit zur Finanzierung von Waffenkäufen beigetragen." Sie sollten jetzt den Wiederaufbau unterstützen.

### Impressum:

**Herausgeber:** KOSA e.V.  
 August-Bebel-Str. 62  
 33602 Bielefeld  
 Tel.: 0521 - 9864851 (-2)  
 Fax: 0521 - 63789  
 e-mail: [kosa@kosa.org](mailto:kosa@kosa.org)  
**Verantwortlich** im Sinne des  
 Presserechts, Redaktion und Lay-  
 out: Sigrid Thomsen  
 Redaktionsschluß 20. 11. 2002  
**Druck:** KDR, Bielefeld



# Zimbabwe bleibt Zankapfel

## Ministertreffen von SADC und EU mußte Europa vermeiden

"Über die Zimbabwefrage gab es keine Einigung" heißt es lapidar in der Schlußerklärung eines Treffens von Ministern der Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (SADC) und der Europäischen Gemeinschaft (EU) Anfang November. Wegen der "Zimbabwefrage" war es auch ganz kurzfristig von Kopenhagen nach Maputo verlegt worden. Nur dort nämlich konnte Zimbabwes Außenminister Stan Mudenge mit seiner Delegation teilnehmen. In Kopenhagen hätten die Holländer und Briten das wegen der Sanktionen der EU gegen Simbabwe verhindert. Das war auf den Widerstand der SADC gestoßen. So hatten die Delegierten Gelegenheit, Mudenges Aufruf an die EU anzuhören, sie solle Großbritannien zu Kompensationszahlungen an die enteigneten weißen Bauern bewegen. Allerdings warf er den Briten die Destabilisie-

rung seines Landes vor und beschimpfte Menschenrechtsorganisationen und Parteien, die aus dem Ausland finanziert würden, als "britische Agenten". Die "Agenten" von der Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) in Zimbabwe appellierten ihrerseits an die EU, Präsident Mugabe zu kritisieren, weil er die Stabilität der Region bedrohe. Ein Ergebnis hatte das Treffen immerhin: Die EU sagte der SADC 101 Millionen US-Dollar für die Förderung regionaler Integration zu.

### Regionale Schulden streichen

**"Wir rufen die Regierungen der EU auf anzuerkennen, dass Schulden, die die Länder im südlichen Afrika zur Unterstützung des legitimen Kampfes gegen die Apartheid aufnehmen mußten, von öffentlichen und privaten Kreditgebern abgeschrieben werden sollten. Das sollte ein erster Schritt zur Behebung der sozialen Schäden sein, die aus der regionalen Destabilisierung durch Apartheid resultieren".**

aus der Resolution der zivilgesellschaftlichen Konferenz in Kopenhagen zum Ministertreffen



## NGOs wollen alternative Entwicklung

### Konferenz der Zivilgesellschaft fordert Orientierung an den Menschen

Die Nichtregierungsorganisationen tagten in einer parallelen Konferenz zum Ministertreffen mit fast 100 Teilnehmerinnen in Kopenhagen. Weil das dänische Außenministerium nach der Ortsverlegung kurzfristig die Finanzierung gestrichen hatte, konnten nur 16 Gäste aus dem Süden daran teilnehmen. Sie diskutierten über Privatisierung, Handel, Demokratie, Aids und

Wiedergutmachung und sprachen sich für eine menschenzentrierte Entwicklung aus. KOSA leitete gemeinsam mit KASA (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika) ein zweitägiges Seminar zur Schuldenkampagne. Der dort formulierte Text über von der Apartheid verursachte Schulden ging in die Resolution ein und wurde den Ministern in Maputo überreicht (s. Kasten).

**Frohe Weihnachten, mehr Frieden und Gerechtigkeit für alle und erfolgreiche Aktionen im neuen Jahr wünschen Vorstand, Geschäftsführung und**

**Redaktion allen KOSA-Mitgliedern!**

**Wer etwas für KOSA übrig hat, möge es überweisen:**

**Spendenkonten:**

**SEB AG  
Konto 1019894500  
BLZ: 380 101 11**

**Postbank Köln  
Konto 12979501  
BLZ: 370 100 50**

## Meldungen aus der Region

### Rechte Anschläge in Südafrika

Die Einsetzung einer weißen Junta und die Vertreibung der Schwarzen aus Südafrika war nach Dokumenten, die die Polizei gefunden hat, Ziel einer rechtsradikalen Terrorstrategie. Für die Bombenattentate in Soweto Ende Oktober, bei denen eine Frau starb, wird die burische Gruppierung "Boeremag" verantwortlich gemacht. 18 ihrer Mitglieder sind verhaftet und des Hochverrats angeklagt. Weitere führende Mitglieder wurden festgenommen.

### Geld für Namibias Landreform

Ein "ordentliches" Landreformprogramm werde die deutsche Regierung mitfinanzieren, erklärte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Chrobog, der Zeitung "The Namibian" in Maputo. Allerdings hänge das davon ab, dass die namibische Regierung einen umfassenden Plan dafür vorlege. Im Februar will Namibias Landwirtschaftliche Union ihre Vorschläge unterbreiten und nachweisen, auch weiße Farmer seien an Reformen interessiert. Einer Studie zufolge umgehen sie das Landreformgesetz.

### Zimbabwe droht Hungersnot

Von Dezember bis März sind nach Einschätzung des World Food Programme (WFP) in der Region 14,4 Millionen Menschen vom Hunger bedroht. Fast die Hälfte von ihnen lebt in Zimbabwe. Mosambiks Präsident Joaquim Chissano brachte seine Sorgen um diese Menschen beim Ministertreffen von EU und SADC in Maputo vor. Das Zimbabwe-Netzwerk hat sie in einem Brief dem Bundespräsidenten Johannes Rau vorgetragen und ihn darum gebeten, sich bei Bundesregierung und EU für eine Finanzierung der Hilfsaktion des WFP einzusetzen. Seine Antwort klingt kühl: Dazu bestehe "gegenwärtig kein Anlass", denn die Regierung leiste "erhebliche finanzielle Hilfe über die Vereinten Nationen". Im November sagte die Bundesregierung knapp 33 Millionen Euro zusätzlich für Nothilfemaßnahmen im südlichen Afrika zu. Damit ist der WFP-Topf jedoch nicht ausreichend gefüllt. Eine erneute Bitte um dringende Mittelaustockung richtete die Mitgliederversammlung des Zimbabwe Netzwerks Ende November an Bundespräsident, Auswärtiges Amt und BMZ.

## Tagungen

### Termine

#### **KOSA ist im Netz:**

[www.kosa.org](http://www.kosa.org)

Mit neuem Logo und neuer Homepage tritt KOSA jetzt auch im Internet auf. Eine übersichtliche Navigationsleiste führt zu kurzen Texten über Mitglieder und Partner, Publikationen und - später mal - Veranstaltungshinweisen. Wer mehr wissen will, wird mit anderen Seiten verknüpft und über mögliche Links auch ausführlich informiert. Besonders informativ: die Rubrik "Aktuelles", die derzeit wichtige Dokumente im Zusammenhang mit der in New York anhängigen Klage gegen internationale Firmen und Banken enthält (siehe Aufmacher dieser Ausgabe). Und: Es gibt alles auch auf Englisch.

## Bücher

### **Politik und Kultur im Südlichen Afrika nicht nur besprechen**

Zu einem politisch-kulturellen Wochenendseminar in Gummersbach lädt die Initiative südliches Afrika INISA in Zusammenarbeit mit der Theodor-Heuss-Akademie ein. Im Mittelpunkt des Seminars steht die aktuelle politische Entwicklung in Südafrika und seinen Nachbarstaaten. Diskutiert werden soll über die Apartheid-schulden, die Hungersnot im südlichen Afrika und die politische Entwicklung in Zimbabwe. Ein kulturelles Rahmenprogramm mit Musik, Film und Küche soll das Lebensgefühl der Region "erfahrbar" machen. Am Rande des Seminars wird am 2. Februar 2003 die Mitgliederversammlung von INISA tagen und einen neuen Vorstand wählen.

**31. Januar - 2. Februar 2003 - Gummersbach**  
Informationen: Wolf-Christian Paes, INISA, Tel. 0179-5919869, e-mail: [paes@bicc.de](mailto:paes@bicc.de)  
Theodor-Heuss-Akademie, Tel. 02261-30020, Fax 02261-300221, e-mail: [theodor-heuss-akademie@fnst.org](mailto:theodor-heuss-akademie@fnst.org)

### **Mitarbeit für KOSA-Stand beim Kirchentag in Berlin gesucht**

KOSA wird in Zusammenarbeit mit KASA, der Aktion Bundesschluss und anderen Mitgliedsgruppen beim ersten ökumenischen Kirchentag mitmachen. Er findet in Berlin vom 28. Mai bis 1. Juni 2003 statt. Zu den Themen "Entschuldung und Entschädigung für die Opfer der Apartheid" und "Deutschlands Waffenexporte nach Südafrika" soll es einen gemeinsamen Stand geben. Dafür sucht KOSA noch Freiwillige, die an drei Tagen für jeweils etwa drei Stunden dort Auskunft geben. Darüberhinaus ist Zeit, an anderen Veranstaltungen teilzunehmen. Die Mitwirkenden für den Stand müssen dem Kirchentag bis Ende Februar mitgeteilt werden. Wer interessiert ist, melde sich bis zum **20. Februar 2003** bei Ilse Braun, Münzgasse 15, 72070 Tübingen, Tel. 07071-940390, Fax 07071-942496, e-mail: [ilsebraun.ffg@gmx.de](mailto:ilsebraun.ffg@gmx.de)

### **Reimer Gronemeyer**

#### **So stirbt man in Afrika an Aids**

"Warum westliche Gesundheitskonzepte im südlichen Afrika scheitern", lautet der Untertitel dieser als Streitschrift deklarierten Veröffentlichung. Eine Antwort darauf gibt das Buch nicht, schreibt Gaby Mayr in einer Rezension für die Süddeutsche Zeitung. Der HI-Virus breite sich weiter aus, obwohl es mit dem Kondom ein einfaches Mittel dagegen gebe. "Aber die Männer, so scheint es, mögen den Gummi nicht." Woran das liege und warum die Frauen nicht darauf bestehen können, darauf habe der Gießener Soziologieprofessor bei seinen Forschungen in Namibia offenbar keine Antwort bekommen.

Verlag Brandes & Apsel, Frankfurt 2002  
192 Seiten, 15,90 Euro

### **Globalisierung für Frauen**

Die Frauen für Gerechtigkeit im südlichen Afrika laden zu einem Seminar mit dem Titel "Globalisierung - was bedeutet das für die Frauen im Südlichen Afrika?" in die Ökumenische Werkstatt nach Wuppertal ein.

**21. - 23. März 2003 - Wuppertal**

Informationen und Anmeldung: Ilse Braun, Münzgasse 15, 72070 Tübingen, Telefon: 07071-940390, Fax: 07071-942496, e-mail: [ilsebraun.ffg@gmx.de](mailto:ilsebraun.ffg@gmx.de)

### **Delegiertentreffen von KOSA**

Die Delegierten der KOSA - Gruppen treffen sich am **24. und 25. Januar 2003 in Bielefeld**. Informationen, Kontakte und Anmeldung: KOSA-Geschäftsstelle, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Tel. 0521-9864851, Fax: 0521-63789, e-mail: [kosa@kosa.org](mailto:kosa@kosa.org)

### **Besuch aus Johannesburg**

Mike Mathabathe, 27 Jahre jung und aus Johannesburg, sollte ursprünglich ein fünf Wochen dauerndes Radiopraktikum in London absolvieren. Das scheiterte jedoch an den britischen Behörden, die sich weder von Papieren noch Rechtsanwälten beeindrucken ließ und ihm die Einreise verweigerten. Da sprangen NIZA in Holland und KOSA ein und organisierten von Ende September bis Ende November ein alternatives Programm mit kurzen Praktika in Radiostationen, Gesprächen in lokalen ökonomischen Projekten und mit den Gruppen, die zum südlichen Afrika arbeiteten. Und die waren von dem Aktivisten des Anti-Privatisierungsforums, der in seinem Township ein Gemeinderadio aufbauen will, beeindruckt. "Wir konnten von Mike viel lernen", berichtet Ralf Berger aus Köln.: "ein tieferes Verständnis der widersprüchlichen Verhältnisse im heutigen Südafrika sowie einen tieferen Einblick in die desolaten Lebensbedingungen der meisten Menschen und deren Zuspitzung durch die Privatisierungspolitik". Mike war von den selbstorganisierten ökonomischen Projekten vor Ort begeistert.

### **Reinhard Köbler, Henning Melber** **Globale Solidarität?**

Auch das Autorenduo Köbler/Melber hat eine Streitschrift verfaßt: Es beschreibt und bewertet mehr als 30 Jahre internationaler Solidaritätsbewegung in Theorie und Praxis. Dabei geht es unter anderem um Algerien, Vietnam, Nicaragua und das südliche Afrika. Die Autoren fragen, was bewirkt und bewegt wurde und geben einen kritischen, auch selbstkritischen Rückblick aus sozialwissenschaftlicher Sicht. Die historischen Erfahrungen werden an den Herausforderungen "globaler" Solidarität im 21. Jahrhundert und den Konsequenzen der Anschläge vom 11. September 2001 gemessen.

Verlag Brandes & Apsel, Frankfurt 2002  
176 Seiten, 14,90 Euro